

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Band: 66 (1986)
Heft: 7-8

Artikel: Israels Aussenpolitik : Realpolitik und Imponderabilien
Autor: Avineri, Shlomo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-164343>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 24.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Shlomo Avineri

Israels Aussenpolitik

Realpolitik und Imponderabilien

In der Debatte um die Beziehungen Israels zu seinen Nachbarn haben Sicherheitsüberlegungen stets grossen Raum eingenommen. Angesichts der arabischen Bedrohung der Sicherheit, wenn nicht gar der Existenz Israels, konnte es gar nicht anders sein. Wer jedoch Israels Aussenpolitik sowie die Debatte über sie nur in Begriffen von Sicherheit und strategischen Überlegungen zu verstehen sucht, wird weder die Intensität noch die Nuancen der Debatte erfassen können. Ähnlich wie die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, ist Israel eine Gesinnungsgemeinschaft, deren ideologischer Gehalt in seiner Politik beträchtlich ist. Ohne eine Einschätzung der ideologischen gegenüber den pragmatischen Überlegungen vorzunehmen, werden im folgenden einige spezifisch ideologische Aspekte untersucht, die für die israelischen Vorstellungen der Aussenpolitik von Bedeutung sind. Sie betreffen die Debatte über die Grenzen Israels, die unterschiedlichen Einstellungen gegenüber Fragen von Macht und Moral, die Beziehung zwischen Israel und der Diaspora in ihrem Einfluss auf aussenpolitische Entscheidungen Israels.

Das «Palästina-Problem»

Seit 1967 war das grösste politische Problem in Israel die Auseinandersetzung um die Zukunft der Westbank und Gazas sowie Israels Haltung dem gegenüber, was allgemein mit dem Palästina-Problem bezeichnet wird. Die Debatte über die zukünftige Disposition der Westbank und Gazas betrifft die Sicherheit: angesichts der fehlenden strategischen Tiefe und der Verletzlichkeit Israels könnte keine israelische Regierung der Frage gegenüber gleichgültig bleiben, wer Gebiete kontrolliert, die sich in Schussweite von Israels grössten Bevölkerungszentren befinden.

Hätte sich die Debatte jedoch nur auf die Sicherheit bezogen, wäre sie in der gleichen pragmatischen Weise erfolgt, in welcher die Likud-Regierung unter Menachem Begin und die Regierung der Nationalen Einheit unter Shimon Peres die ähnlich akuten Sicherheitsprobleme in Angriff genommen haben, die durch den Rückzug Israels aus dem Sinai und aus

Libanon entstanden sind. Entmilitarisierte Zonen, Gebiete mit begrenztem Truppeneinsatz, multinationale Beobachter oder eine UNO-Präsenz könnten als mögliche Sicherheitsmassnahmen bezeichnet werden. Wenn also nur von Sicherheitsfragen die Rede gewesen wäre, dann wäre das Problem der jüdischen Siedlungen nicht zur zentralen Frage geworden, zu der es in der Debatte über die «Westbank» und Gaza gemacht wurde: Während einige der Siedlungen eindeutig der Sicherheit dienen, übersteigt die Diskussion darüber, ob die Juden ein *Recht* haben, sich auf der «Westbank» «irgendwo und überall» niederzulassen, die blossen Sicherheitsüberlegungen. Wäre analogerweise die Frage der Westbank nur eine Frage der strategischen Kontrolle gewesen, so wäre die Semantik des Problems (ist es «die Westbank» oder «Judäa und Samaria»; sollen die Gebiete als «besetzte», «befreite» oder «verwaltete» Gebiete bezeichnet werden?) unverständlich gewesen.

Tatsache ist nämlich, dass über die legitimen Sicherheitsüberlegungen hinaus die Debatte ganz andere Dimensionen angenommen hat; man beruft sich auf Glaubensgrundsätze und ideologische Verpflichtungen. Die Überlegungen beziehen sich auf das Selbstverständnis der jeweiligen Protagonisten als Israeli und auf ihre Auffassungen von Natur und Zielsetzungen des Zionismus. In diesem Zusammenhang scheinen vereinfachende (und importierte) Begriffe wie «Falken» und «Tauben» dazu angetan, die eigentlichen Fragen zu verdunkeln und sie in rein pragmatische Sicherheitsbegriffe einzukleiden.

Das territoriale Prinzip

Aus diesem Grund schlage ich eine andere Terminologie vor, um die beiden Hauptlager in der Debatte über die Zukunft der Westbank und Gazas sowie über das Palästina-Problem zu charakterisieren. Die beiden Lager entsprechen etwa dem Likud- und dem Arbeiterblock. Die hier vorgeschlagene Typologie stellt zwei Webersche «Idealtypen» dar, die in Wirklichkeit in weit weniger «reiner» Form vorkommen.

Die erste Gedankenschule – mit dem Likudblock und seinen Bundesgenossen gleichzusetzen – mag die «territoriale» Schule genannt werden. Gemäss dieser Schule ist bei Israels Grenzzwischenfällen die wichtigste Grundlage die Absicht, einen möglichst grossen Anteil des historischen Landes Israel zu kontrollieren. Ein Israel, das über mehr israelitisches Territorium verfügt, hebräischer und zionistischer wäre als eines, das über einen geringeren Teil dieses historischen Gebietes verfügt. Folglich ist man mehr Zionist (und ein besserer), wenn man Judäa und Samaria als Teile des jüdischen Erbes beansprucht; umgekehrt wird man, indem man die

Bereitschaft zu einem Kompromiss über Judäa und Samaria bekundet, auf eine fundamentale Weise seinem eigenen zionistischen Credo untreu. Folglich ist das Recht der Juden, sich in Judäa, Samaria und Gaza niederzulassen, «unveräusserlich», fundamental, und nicht nur vom Standpunkt der Sicherheit aus zu betrachten. Hebron und Nablus sind in diesem territorialen Verständnis ebenso jüdisch wie Tel-Aviv und Haifa.

Man muss hervorheben, dass die territoriale Philosophie ausschliesslich auf Eretz Israel, das historische Land Israel, ausgerichtet ist. Dabei sah die «territorialistische» Regierung Menachem Begin kein grundsätzliches Problem darin, in Camp David den ganzen Sinai aufzugeben: denn der Sinai ist nicht Teil des historischen Landes Israel; folglich konnten die Verhandlungen mit Ägypten in verhältnismässig pragmatischem Geist geführt werden, wobei praktische Sicherheitsgarantien für dieses Gebiet angestrebt wurden; die internationale Grenze zwischen Ägypten und dem Mandatarstaat Palästina konnte gleich zu Beginn als gegenseitig akzeptable Grenzlinie aufgefasst werden. Aus demselben Grund sah die Regierung Begin kein ideologisches Problem darin, etwa 10 000 israelische Siedler aus dem Yamit zu verpflanzen, ihre Siedlungen abzurechen und schliesslich zu zerstören, bevor das Gebiet im Frühjahr 1982 an Ägypten zurückgegeben wurde.

Ganz anders werden Siedlungen auf der Westbank von der territorialen Schule gesehen: sie sind Ausdruck eines fundamentalen jüdischen Anspruchs auf das Gebiet des Landes Israel; deshalb tat Begin verschiedentlich einen «heiligen Schwur», dass diese Siedlungen niemals aufgegeben würden; ebenso hält das Likud-Programm fest, dass keine fremde Form der Souveränität jemals in «irgendeinem Teil des Landes Israel» zugelassen würde. Aussenstehende Beobachter, die in Begin's Verzicht bezüglich des Sinai einen Modellfall für sein mögliches weiteres Verhalten in bezug auf die Westbankverhandlungen sahen, wurden bitter enttäuscht: Ihnen war die tiefsitzende ideologische Verbundenheit in der Auslegung der zionistischen und israelischen Ziele durch die territoriale Schule entgangen.

Die territoriale Schule leugnet natürlich nicht die Existenz der 1,2 Millionen palästinensischen Araber in der Westbank und in Gaza; sie ist sich der Auswirkungen von deren Integration in den Staat Israel bewusst. Um solche Auswirkungen zu vermeiden, hat sich die territoriale Schule zahlreiche Lösungsversuche einfallen lassen: der ausgeklügeltste war der von Menachim Begin während der Camp-David-Verhandlungen vorgelegte Autonomie-Plan. Was dieser Plan langfristig anstrebte (dies wurde nicht immer von allen Camp-David-Teilnehmern wahrgenommen), war eine maximale territoriale Kontrolle von Judäa, Samaria und Gaza, mit einer minimalen Integration der dortigen palästinensischen Bevölkerung in die

politische Struktur Israels. Im Verständnis der Likud-Regierung würde Autonomie (gemäss dem Ben-Elissar-Bericht, welcher zur massgeblichsten Stellungnahme der Likud-Regierung zu diesem Punkt wurde) bedeuten, dass Israel die territoriale Kontrolle über das Gebiet beibehalten würde: der Staat wäre für die Sicherheit zuständig, das Staatsgebiet würde israelischer Rechtsprechung unterliegen, die Bodenschätze würden von Israel kontrolliert und Israel hätte allein darüber zu entscheiden, wo und wann neue jüdische Siedlungen zu errichten wären.

Was der ansässigen palästinensischen Bevölkerung übrigbliebe, wäre ihre eigene Gemeinderegierung und Kontrolle über die Erziehung, der Gesundheitsdienst, religiöse Institutionen und ähnliches. Mit anderen Worten, die palästinensische Bevölkerung könnte alle ihre eigenen Angelegenheiten bestimmen, hätte aber keine Kontrolle über ihr Territorium. Als Begin seine Ansicht bekräftigte, dass sich seine Auffassung der Autonomie auf die «Autonomie der Bevölkerung», nicht aber auf die «Autonomie des Territoriums» bezog, war dies keine Wortklauberei, sondern der Inbegriff des «territorialen» Ansatzes. Ohne dass jemals dieser Vergleich herbeigezogen worden wäre, so war das, was der Likud den palästinensischen Arabern in der Westbank und in Gaza anzubieten bereit war, beinahe identisch mit dem Status eines «millet» im Ottomanischen Reich – nicht mehr und nicht weniger.

Primat der Gesellschaftsstruktur

Soviel zum «territorialen» Ansatz. Die andere Schule in Israel, die mit der Arbeiterpartei zu identifizieren ist, kann die «soziologische» oder «soziale» Schule genannt werden. Diese Richtung bestreitet nicht, dass eine tiefe historische Verbindung der Juden zu Judäa und Samaria besteht, waren diese Gebiete doch die Wege der israelischen Nation. Aber gemäss der soziologischen Schule sollte die wichtigste Überlegung für Israel nicht dessen territoriale Ausdehnung sein, sondern die innere Struktur seiner Gesellschaft. Gemäss der soziologischen Schule wäre ein (durch die Einverleibung der Westbank und Gazas) territorial grösseres Israel noch nicht jüdischer und zionistischer, sondern das Gegenteil wäre der Fall: ein grösseres Israel wäre *weniger* jüdisch und *weniger* zionistisch als ein kleineres Israel, weil das grössere Israel nicht nur mehr Territorium, sondern auch mehr palästinensische Araber umfassen würde. Ein die Westbank und Gaza kontrollierendes Israel wäre bei den gegenwärtigen Bevölkerungszahlen ein Land, dessen Bevölkerung zu 60 Prozent jüdisch und zu 40 Prozent arabisch wäre: ein solches Land wäre weniger jüdisch als ein kleineres und kompakteres Israel (ungefähr in den Grenzen vor 1967 plus

Ost-Jerusalem, worüber es keine Diskussion gibt) mit nur 15 Prozent Arabern. Gemäss der soziologischen Schule bereitet die territoriale Schule eine Katastrophe vor, weil mit dem zusätzlichen Territorium eine grundsätzliche Änderung im soziologischen und demographischen Wesen der israelischen Gesellschaft einträte.

Behält Israel die Kontrolle über die Westbank und Gaza – so die soziologische Schule –, wird es schliesslich in einem qualvollen Dilemma landen: entweder wird es den 1,2 Millionen auf diesem Gebiet lebenden Palästina-Arabern volle bürgerliche und politische Rechte gewähren müssen, und dies würde bedeuten, dass 40 Prozent der Bürger Israels Araber wären. Das führte zu einer Situation, in welcher früher oder später 40 Prozent der israelischen Wählerschaft Araber wären; 40 Prozent der Knessetmitglieder und 40 Prozent der Beamten, Lehrer, Studenten, Armeeangehörigen wären Araber. Ein solcher Staat – immer gemäss der soziologischen Schule – entspricht nicht dem zionistischen Traum: es ist ein Zweivölker-, und nicht ein Judenstaat.

Würde anderseits Israel eine solche «Binationalisierung» des jüdischen Staates zu verhindern suchen, so müsste es 40 Prozent seiner Bevölkerung volle bürgerliche und politische Rechte verweigern. Gemäss der soziologischen Schule könnte daraus ein «zweites Südafrika» werden, was auch nicht dem zionistischen Traum entspricht.

Aufgrund dieser Überlegungen – eingebettet in das Selbstverständnis des Wesens der israelischen Gesellschaft – ist die soziologische Schule zu einem territorialen Kompromiss auf der Westbank und in Gaza bereit, mit dem versucht würde, Israels legitime (aber beschränkte) Sicherheitsprobleme auf diesem Gebiet zu gewährleisten, während es den grössten Teil des Gebietes und fast die ganze Bevölkerung wieder einer arabischen (vorzugsweise jordanisch-palästinensischen) Autorität unterstellen würde. Wenn anderseits Israel seine Kontrolle über die Westbank und Gaza mit deren 1,2 Millionen Palästinensern beibehält, wird es entweder nicht mehr jüdisch oder nicht mehr demokratisch sein: diese harsche Wahl wurde lakonisch von dem verstorbenen Yigal Allon ausgesprochen, der Aussenminister der Regierung der Arbeiterpartei vor 1977 war.

Die soziologische Schule deckt in Israels fortgesetztem Festhalten an der Westbank und Gaza eine zusätzliche Dimension auf: angesichts der sozioökonomischen Unterschiede zwischen der jüdischen und der arabischen Bevölkerung bedeutete die Integration der Westbank und Gazas in Israel, dass früher oder später die soziale Schichtung auf die ethnischen Differenzierung übergreifen würde; die Araber würden grösstenteils die Arbeiterklasse bilden, in einer Gesellschaft, in der die meisten Juden zur Mittelklasse gehörten.

Ein Hauptziel des Zionismus als einer Revolution in der jüdischen Geschichte war stets die gesellschaftliche Neuschichtung des jüdischen Volkes: In der Diaspora gehörten die meisten Juden irgendwie zur Mittelklasse – wirtschaftlich und intellektuell. Das Ziel des Zionismus, insbesondere des Arbeiter-Zionismus, im Lande Israel eine Gesellschaft zu bilden, in der Juden auf allen sozioökonomischen Stufen zu finden wären, als Arbeiter und Bauern ebenso wie in den Mittelklasseberufen. Daher bestand der «Labour-Zionismus» auf jüdischer Arbeit, auf *avoda atzmit* (eigene Arbeit), denn es sollte vermieden werden, dass eine *Kolonialgesellschaft* mit jüdischen Landbesitzern und arabischen Landarbeitern entstünde. Die soziologische Schule ist sich bewusst, dass seit 1967, als die arabischen Arbeitskräfte aus der Westbank und Gaza verfügbar wurden, dieses Modell einer jüdischen Gesellschaft abgeschwächt wurde; gewisse Sektoren der Wirtschaft, besonders in einigen Bereichen der Landwirtschaft, gleichen allmählich Südkalifornien oder den Grenzgebieten von Texas. Die soziale Schule, die aufgrund ihrer sozialistischen Herkunft einen Spürsinn für soziale Probleme hat, erschauert bei der Vorstellung, in welchen sozial-ethnischen Zwiespalt die israelische Gesellschaft geriete, wenn eine Integration der 1,2 Millionen Palästinenser in die Wirtschaft Israels erfolgte. Daher auch ihre Bereitschaft, einen Kompromiss auszuhandeln, um die israelische Gesellschaft vor dieser Bürde zu bewahren und die Palästinenser von der israelischen Kontrolle zu befreien.

Die Diskussion um die Grenzen Israels ist deshalb ein verzwicktes Problem, nicht nur eine Debatte über Sicherheitsgarantien. Es geht um Israels Selbstverständnis als Gesellschaft und als Nation. Daher die tiefen Meinungsverschiedenheiten und die gelegentliche Schärfe der Auseinandersetzungen. Indem sie die Grenzen ihrer Nation aushandeln, werden sich die Israeli bewusst, dass sie deren Wesen selbst diskutieren. In diesem Sinne ist die Debatte über die Westbank und Gaza eine Fortsetzung der Debatte vor 1948 über die Teilung – die die Arbeiterpartei akzeptierte und die Revisionisten (die Gründer des Likud) verwarfen. Damals wie heute war es eine Auseinandersetzung über das Wesen des jüdischen Staates, nicht nur über seine Grenzen.

Die Frage der Gewalt

Die noch grössere ideologische Differenz zwischen Arbeiterpartei und Likud war historisch gesehen ihre unterschiedlichen Einstellungen in Fragen der Anwendung von Gewalt, der Verwirklichung der Ziele des Zionismus und, folglich, ihre Ansichten über den Zusammenhang von Gewalt und Moral. Das führte zu unterschiedlichen Einstellungen zur Ge-

waltanwendung gegenüber der britischen Mandatsregierung in Palästina und im arabisch-israelischen Konflikt.

Labour war nie eine ausgesprochen pazifistische Philosophie eigen, auch unterzeichnete dieser Partner nichts, was Gandhis Taktik in seinem Kampf für die indische Unabhängigkeit gleichgekommen wäre. Für die Arbeiterpartei mit ihrer humanistischen und universalistischen Tradition, die auf die Gedanken des europäischen Sozialismus des 19. Jahrhunderts zurückgeht, wurde die Anwendung von Gewalt immer als letzter Ausweg betrachtet, in Anwendung und Zweck genauestens umschrieben.

Der Likud hingegen (und seine historischen Vorgänger, die Revisionisten Jabotinskys) kannte keine derartige Ambivalenz. Für die revisionistische Schule war die Gewalt ein legitimer Ausdruck von Souveränität und Unabhängigkeit, vielleicht *der* Ausdruck einer Nation an der Sonne. Sie verherrlichten die Gewalt, genossen sie, schrieben Hymnen an Macht und Gewalt. Dies kann sogar aus den Namen der paramilitärischen Untergrundorganisationen abgelesen werden, die mit den beiden Hauptlagern verbunden sind. Die beiden Untergrundorganisationen des revisionistischen Lagers hiessen Irgun Zva'i Leumi («Die nationale Militärorganisation»), geführt von Menachim Begin, und Lohamei Herut Yisrael («Kämpfer für den Frieden Israels»), geführt von Yitzhak Shamir. Die mit Labour identifizierte Arbeiterorganisation hiess Hagannah («Verteidigung»), politisch war sie David Ben-Gurion unterstellt. Begin war innerhalb seiner Organisation als Ha-mefaked (Der Kommandant) bekannt, Ben Gurion nannten seine Leute Ha-zaken (Den Alten).

Praktisch bedeutete dies ein ganz anderes Vorgehen. Während des arabischen Aufstandes in Palästina von 1936 bis 1939, als die Palästina-Araber mit rücksichtsloser Gewalt gegen die jüdische Bevölkerung vorgehen, kehrte die Hagannah nach zahlreichen Verhandlungen und Selbstzweifeln zurück zu einer Politik der Verteidigung jüdischer Siedlungen, aber auch des Angriffs gegen arabische Terrorbasen; diese Politik wurde jedoch stark eingeschränkt – es sollten nur die Hauptquartiere arabischer paramilitärischer Organisationen getroffen werden; die Angriffsziele wurden genau umschrieben, es wurde versucht – wenn auch nicht immer erfolgreich –, ausschliesslich kämpfende Terroristen, und nicht unschuldige Zivilisten zu treffen. Die revisionistischen Untergrundorganisationen hingegen reagierten auf den arabischen Terror mit Terror: arabische Busse wurden angegriffen, auf arabischen Märkten explodierten Bomben.

Ein ähnlicher Unterschied kennzeichnete die Taktik der beiden Lager in den vierziger Jahren in ihrem Kampf gegen Grossbritannien. Auch hier griff die Hagannah in der Konfrontation mit den Briten nur mit Zurückhaltung zur Gewalt, und wenn sie es tat, dann versuchte sie, ihre Angriffe

auf Anlagen (Eisenbahnbrücken, Depots usw.) zu beschränken und Militärpersonen zu verschonen. Die revisionistische Organisation hingegen erklärte den Briten den «totalen Krieg», indem sie öffentlich verkündete, dass alle britischen Soldaten (und Beamte der zivilen Verwaltung) Feinde seien und entsprechend behandelt würden. Angriffe auf britische Armeeangehörige, Polizei- und Verwaltungsangestellte, die Entführung und Erhängung zweier britischer Unteroffiziere als Vergeltung für die Hinrichtung durch die Briten von IZL-Mitgliedern, die sich terroristischer Anschläge schuldig gemacht hatten; Ermordungen und Mordanschläge auf hohe britische Offiziere; die Ermordung von Lord Moyne, dem britischen Minister in Kairo, und der Mordanschlag auf den britischen Hochkommissar in Palästina, Sir Harold MacMichael; in der Übergangsperiode zur Unabhängigkeit im Jahre 1948 die Ermordung des UNO-Vermittlers Graf Folke Bernadotte, der als pro-arabisch galt. All dies ging auf das Konto der revisionistischen Organisationen.

Defensiv- und Offensivkrieg

Diese unterschiedlichen Ideologien lassen sich auch an der Art und Weise erkennen, in der sich Labour und Likud zu den Problemen des Krieges mit den arabischen Ländern stellten. Während der Labour-Hegemonie (1948–1977) wurde die Kriegführung als letzter Ausweg betrachtet. Man tat es, wenn keine andere Wahl mehr blieb (ein bereirah): deshalb die Seelenerforschung nach Nassers Schliessung des Golfes von Eilat im Mai 1967 und die glücklosen Versuche, das Problem auf diplomatischem Weg zu lösen. Der Libanon-Krieg 1982 hingegen war ein Beispiel von Gewaltanwendung durch den Likud – ohne den Selbstzweifel und die inneren Schranken, die für die historisch begründete Reaktionsweise von Labour in ähnlichen Dilemmas so kennzeichnend war. Im Libanon-Krieg selbst, im August 1982, nahm der damalige Premierminister Menachim Begin anlässlich einer Ansprache vor einer Abschlussklasse des Military Defense College eine scharfe Trennung vor zwischen «Kriegen, die man wählt» und «Kriegen, die man nicht wählt», wobei er bemerkte, dass «Kriege ohne Wahl» kein moralisches Dilemma verursachen – ganz im Gegenteil. Der Libanon-Krieg wurde als «Krieg, den man wählt» par excellence bezeichnet, der als solcher gerechtfertigt war. Wer an dessen Legitimität zweifelte, dessen Patriotismus zog Begin in Zweifel. Nur die Schwachen und die Schüchternen – so Begin in seiner Ansprache – lassen sich in eine Lage drängen, aus der sie sich später nur durch «Kriege ohne Wahl» wieder befreien können.

Zu den ideologischen Elementen der israelischen Aussenpolitik, die über den unmittelbaren inneren Kreis der israelo-arabischen Beziehungen hinausgehen, sind keine grossen Unterschiede zwischen den beiden grossen politischen Lagern in Israel zu erwarten, doch beachtliche Nuancen. Im grossen ganzen widerspiegelt dieses Gebiet einen innerisraelischen Konsens, der von Israels Selbstverständnis als jüdischem Staat stammt.

Während die Natur Israels als jüdischen Staat in Israel selbst eine Menge widersprüchlicher Interpretationen zulässt – was von Israels Feinden im internationalen Bereich oft ausgenutzt wird –, so kann man es auf den kleinsten gemeinsamen Nenner gebracht so ausdrücken, dass Israel seine Aussenpolitik nicht nur auf der Grundlage seiner eigenen Staatsräson entwickeln kann. Die zahlreichen jüdischen Gemeinschaften ausserhalb Israels beeinflussen zwar die israelische Aussenpolitik nicht direkt, befinden sich aber nicht ausserhalb des politischen Horizontes israelischer Entscheidungsträger. Dies ist eine äusserst komplizierte Angelegenheit, die bisher sogar in den detailliertesten Studien über Israels Aussenpolitik übersehen wurde. Diese jüdische Verbundenheit ist zwar ein unschätzbare Aktivposten (namentlich was das amerikanische Judentum betrifft), in den meisten Fällen führt es jedoch Israel in politische Bindungen, die nicht unbedingt vorteilhaft sind und die jedes konventionelle Verständnis von Machtpolitik und Staatsräson transzendieren.

Israel und Diaspora

Dieser Besonderheit wurde Nachdruck verliehen durch David Ben-Gurion, der sich am 17. Juli 1950 mit folgenden Worten an eine Versammlung israelischer Botschafter wandte:

«Solange eine jüdische Diaspora besteht, ... kann Israel sich nicht wie andere Staaten verhalten, nur seine eigene geographische und geopolitische Situation berücksichtigen, oder seine Besorgnis nur auf seine eigenen Bürger und Landsleute richten. Obwohl die im Ausland lebenden Juden rechtlich nicht zu Israel gehören, ist dennoch das gesamte jüdische Volk, wo immer auch es wohnt, die Angelegenheit des Staates Israel seine erste und entscheidende Angelegenheit. In dieser Frage kann sich Israel nicht neutral verhalten. Eine derartige Neutralität würde den Verzicht auf unsere Verbundenheit mit dem jüdischen Volk bedeuten.»

Nun gab es viele Fälle, in denen Israel de facto diese Politik nicht bis zu ihren letzten Konsequenzen befolgte: Ben-Gurion war nicht vor superlativischer Formulierung seiner Überzeugungen gefeit. Doch war der Ge-

danke hinter dieser Äusserung, nämlich dass Israel die Angelegenheiten der Juden auf der ganzen Welt nicht gleichgültig sein können, dafür verantwortlich, dass Israel in manche komplizierte Beziehungen hineinmanövriert wurde. Da die Juden nicht in liberalen, sondern in totalitären und autoritären Gesellschaften leiden, folgt daraus, dass Israel sich gelegentlich als Geisel der repressivsten Regimes fühlt.

Einige wenige Beispiele sollen genügen. Da dies eines der empfindlichsten Probleme ist, die die israelische Aussenpolitik belasten, sind nicht alle Einzelheiten zugänglich, und ich selber kann mich nicht rückhaltlos über Angelegenheiten äussern, in denen immer noch Menschenleben auf dem Spiel stehen könnten.

I. Die Sowjetunion

Während die gegenwärtige Spannung zwischen der Sowjetunion und Israel hauptsächlich durch sowjetische globale und regionale Interessen bedingt ist, besteht kein Zweifel, dass die Anwesenheit einer grossen jüdischen Minderheit innerhalb der Sowjetunion die Dinge nicht einfacher macht. 1948 hatte das schwache und kämpfende Israel wohl keine andere Wahl, als sowjetische Unterstützung und Waffen zu einem Zeitpunkt entgegenzunehmen, in welchem das jüdische kulturelle Leben in der Sowjetunion selbst brutal unterdrückt wurde und jüdische Schriftsteller hingerichtet wurden. Heute hingegen könnte man sich eine Situation nicht vorstellen, in welcher Israel damit einverstanden wäre, auf sein Engagement für das Schicksal der Juden in der Sowjetunion als Gegenleistung für die Wiederaufnahme von diplomatischen Beziehungen der Sowjetunion mit Israel zu verzichten.

II. Südafrika

In der komplizierten Beziehung zwischen Israel und Südafrika – gegenwärtig von der Tatsache bestimmt, dass die meisten schwarzafrikanischen Nationen ihre diplomatischen Beziehungen zu Israel in seiner dunkelsten Stunde, dem Yom Kippur-Krieg, abbrachen – gibt es viele paradoxe Elemente. Aber es besteht kein Zweifel darüber, dass Gründe, die in der relativen Macht und gleichzeitig der tiefen Unsicherheit des südafrikanischen Judentums liegen, sowohl die Intensität als auch die Grenzen der israelisch-südafrikanischen Beziehungen determinieren. Auch hier wiederum zahlt Israel einen hohen Preis für eine Beziehung, die – zumindest teilweise – mit der Stellung und dem Schicksal einer jüdischen Gemeinschaft zu tun hat, und nicht direkt mit Israel. Obwohl dies eine völlig

andere Situation ist als jene der Beziehungen mit der Sowjetunion, ist auch hier nicht realpolitisches Element zu den Bestandteilen eines Entscheidungsnetzes im Bereiche der Aussenbeziehungen Israels zu zählen.

III. Südamerika

Israels Beziehungen mit der argentinischen Militärdiktatur vor Alfonsín war auf ähnliche Weise von Überlegungen mitgeprägt, die mit dem Schicksal und der Sicherheit der argentinischen Juden zu tun haben. Auf ihrer Suche nach Waffenkäufen nach dem Carter'schen Embargo spielte die argentinische Militärjunta – nicht immer mit allzugrosser Delikatesse – darauf an, dass eine israelische Weigerung, Waffen zu verkaufen, zu antisemitischen Ausbrüchen in Argentinien führen könnte. Diese Erpressung war eines der Elemente des israelischen Entscheides zugunsten der Waffenlieferung nach Argentinien, der nicht nur die liberale öffentliche Meinung gegen Israel aufbrachte, sondern auch zu einer Anzahl Konfrontationen mit Israels mächtigstem Freund, den Vereinigten Staaten, führte. Andererseits konnte Israel zugunsten einiger in Argentinien verschwundener Personen jüdischer Herkunft intervenieren und deren Freilassung unter der Bedingung erwirken, dass sie nach Israel auswanderten.

IV. Iran

Als der irakisch-iranische Krieg ausbrach und es schien, als ob Irak die Iraner vernichten würde, war es verständlich, warum Israel – trotz der antizionistischen Politik Khomeinis – kein Interesse daran haben würde, das Erstehen einer irakischen Hegemonie am Golf zu erleben. Doch auch der Umstand, dass immer noch etwa 50 000 iranische Juden unter Khomeinis Herrschaft in Iran verblieben, spielte in den Verhandlungen eine Rolle. Israels Befürchtungen um ihr Schicksal (einige der Führer der Gemeinschaft waren im Gefängnis und manche waren vor Kriegsausbruch hingerichtet worden) wurden denn auch von jenen Iranern auszunutzen versucht, die direkt oder indirekt in Israel Ersatzteile kaufen wollten.

V. Äthiopien

Hier wiederum mag Israel geopolitische Gründe dafür haben, dass es nicht miterleben möchte, wie die einzige nicht-muslimische und nicht-arabische Nation im Horn Afrikas seinen Feinden gegenüber allzu stark geschwächt würde – selbst wenn es sich um eine marxistische Diktatur mit antiisraelischem Kurs handelt. Aber die Befreiung äthiopischer Juden von Ver-

folgung und Hunger war in den israelischen Entscheiden das bestimmende Motiv; der Transport dieser Juden nach Israel ist nur der letzte Schritt, den Israel im Rahmen von stark verwickelten Beziehungen unternahm, wobei Israel seine strategischen Interessen gegen seine Besorgnis zugunsten einer einzigartigen und eigentümlichen jüdischen Gemeinschaft der Falaschas abzuwägen hatte.

Fern von jeder Verallgemeinerung legt der Fall Israel eine zweifache Lektion nahe: Die erste besteht darin, dass man, wenn man die Meinungsverschiedenheiten in der israelischen Aussenpolitik verstehen will, dabei Probleme wie die Zukunft der «Westbank» und Israels Libanon-Politik nur dann begreifen kann, wenn man sie nicht nur auf der Ebene der Kontroversen über strategische Ziele konfrontiert. Die Meinungsverschiedenheiten in Israel über das Palästina-Problem sind tief in den ideologischen Differenzen über das Selbstverständnis der Israeli und über die Bedeutung des Zionismus verwurzelt. In den internen Debatten über den Krieg im Libanon ging es nicht nur um die Grenzen eingegangener Risiken, sondern auch um die Grenzen der Gewaltanwendung. Und in Israels Beziehungen zu anderen Mächten – von der Supermacht Sowjetunion bis zeitweilig zur argentinischen Militärjunta – spielen Auffassungen der jüdischen Solidarität und die Verantwortung als jüdischer Staat eine entscheidende Rolle. Wer alle Aspekte des Nahost-Problems verstehen will, muss diesen Vorstellungen Rechnung tragen, bevor er über Vormacht oder gar Ausschliesslichkeit realpolitischer Gesichtspunkte urteilt. Diese Gegebenheiten komplizieren zusätzlich die Aufgabe der Entscheidungsträger des Staates Israel.